

Hochschulreform in NRW: "Freiheit" oder Zukunft?

Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Entwurf der
Landesregierung NRW zum Hochschulzukunftsgesetz
am 31. Januar 2014 um 16 Uhr
in der Universität Köln, Hörsaal E im Hörsaalgebäude,
Universitätsstraße 35

Mit dem Inkrafttreten des **Hochschul"freiheits"gesetzes** oktroyierte 2006 die damalige schwarz-gelbe Landesregierung den Hochschulen in NRW eine folgenschwere neoliberale Wende auf. Fortan war der Wettbewerb um Gelder ein zentrales Steuerungselement des Hochschulbetriebs. Wissenschaftliche Qualität und gesellschaftlicher Bezug von Bildung und Forschung blieben auf der Strecke. Öffentliche Verantwortlichkeit wurde massiv reduziert zugunsten direkter Einflüsse privater Lobbyorganisationen. Es war die "Freiheit" bedingungsloser Marktorientierung, die mit diesem Gesetz zum dominierenden Attribut der NRW-Hochschulen wurde.

Hier gibt jetzt die rot-grüne Landesregierung vor, einen deutlichen Gegenakt setzen zu wollen. Mit dem als Regierungsvorlage präsentierten Entwurf eines **Hochschulzukunftsgesetzes** sollen laut Homepage des Ministeriums "notwendige Freiräume" gesichert und "zugleich Transparenz, demokratische Teilhabe und Chancengleichheit sichergestellt" werden. Angestrebt werden soll "die Stärkung und klare Abgrenzung der Aufgaben und Verantwortlichkeiten von Hochschulrat, Präsidium und Senat, die Verbesserung der Zusammenarbeit, mehr Transparenz und die Möglichkeit zu einer stärkeren Beteiligung". Der Entwurf sei somit ein deutlicher "Impuls zu mehr Chancengleichheit".

In der Veranstaltung sollen diese Zielansprüche hinterfragt werden. Kann die "**Zukunft**" wieder herstellen, was die "**Freiheit**" zerschlagen hat? Werden durch dieses Gesetz die Hochschulen in NRW als "demokratische Stätten der wissenschaftlichen Bildung und Weiterbildung und der sozial verantwortlichen Forschung"* rekonstituiert? Werden sie sich in der "Zukunft" am Allgemeinwohl orientieren und die "Ergründung der Voraussetzungen und Bedingungen für die stetige Verbesserung der Lebensbedingungen aller" als zentrale Zielvorstellung begreifen? Wird die Gesetzesnovelle die "konsequente Abkehr von der unternehmerischen Hochschule und vom ökonomisierten Bachelor-Studium zugunsten der inneren Demokratisierung der Hochschule" befördern? Werden schließlich mit dem Gesetz die Voraussetzungen geschaffen zu bedarfsgerechter Bildungsfinanzierung einschließlich angemessen vergüteter und unbefristet abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse?

* dieses und die weiteren Zitate: Stellungnahme des AK Zivilklausel Köln zum NRW Hochschulgesetzentwurf

Zu diesen Fragen referieren und diskutieren:

Agnes Kamerichs, AK Zivilklausel Köln
Bernadette Stolle, Fachgruppe Hochschule der GEW
Prof. Dr. Clemens Knobloch, Universität Siegen
Dr. Jürgen Münch, Attac-AK Bildung und Erziehung
Torsten Bultmann, BdWi